

**Rede von Bürgermeister Reiner Breuer  
zum traditionellen Gänseessen der Neusser Bürgergesellschaft  
am Donnerstag, 29. Oktober 2015, 19 Uhr**

---

Sehr geehrter Herr Präsident Werhahn!

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren!

Als ich Ihre freundliche Einladung erhielt, beim traditionellen Martinsgansessen der Bürgergesellschaft die Tischrede zu halten, stellte sich mir unwillkürlich die Frage, welche Gans es denn wohl sein werde, die da verspeist werden solle. Ob es am Ende gar der erste sozialdemokratische Bürgermeister der Stadt Neuss selbst sein könnte.

Als erstes schoss mir durch den Kopf, dass *diese* Gans für die Mitglieder der alt-ehrwürdigen Bürgergesellschaft ganz und gar ungenießbar sein würde. Schließlich – und das sieht man mir nicht sogleich an – kann ich durchaus zäh sein. So mancher hat sich an mir bereits seine Zähne ausgebissen.

Doch dann wurde mir bewusst: Meine Freunde von der „Bürger“, das sind doch viele Kaufleute, die können rechnen. Und es dürfte dem Vorstand schnell klar geworden sein, dass *diese* Gans nie und nimmer für die ganze Gesellschaft ausreichen würde. Selbst dann nicht, wenn man in Rechnung stellt, dass in der „Bürger“ traditionell die Portionen klein, die Preise jedoch hoch sind.

Gleichwohl, um Missverständnissen vorzubeugen sei hinzugefügt: *Diese* Gans ist keine halbe Portion. Da mag das Äußere täuschen.

Ich kam am Ende meiner Gedanken zu der Ansicht, in der Einladung für heute Abend doch eine freundliche Geste annehmen zu wollen. Schließlich gehört die Neusser Bürgergesellschaft zu den alteingesessenen und renommierten Institutionen dieser Stadt, deren christliche Tradition eine gewisse Menschenfreundlichkeit und keinen Kannibalismus vermuten lässt. Denn auch ich bin „Bürger“ dieser Gesellschaft und habe schon eine Ballotage wider erwarten erfolgreich überlebt.

So danke ich Ihnen, sehr geehrter Herr Präsident Werhahn und den Damen und Herren des Vorstandes für Ihre freundliche Einladung. Es ist mir eine Ehre und Freude zugleich, heute zu Ihnen sprechen zu können.

Meine Damen und Herren!

Als Johannes XXIII. im Jahre 1958 Papst wurde, war die römisch-katholische Kirche in ihren Traditionen erstarrt. Viele Jahrzehnte der pianischen Epoche, also der Epoche der Päpste, die Pius hießen, hatten zu Verkrustungen geführt. Eine anti-moderne Ideologie hatte die Kirche weit von der Lebenswirklichkeit der Menschen entfernt. Die Kirche stand in der realen Gefahr, sich grundsätzlich von der Welt zu entkoppeln, von jener Welt also, in die sie hineingestellt worden war.

Papst Johannes XXIII. hatte diese Herausforderung gesehen und angenommen. Er öffnete die Fenster des päpstlichen Palastes und ließ frische Luft in die muffigen Säle des Vatikans. Denn ein frischer Wind war dringend notwendig, um den Staub der Jahrhunderte zu entfernen. Manche meinten, darin sogar den Heiligen Geist erkennen zu können.

Nicht ohne Süffisanz hat mein Amtsvorgänger zuweilen darauf hingewiesen, dass die Stadt Neuss sogar noch älter als die katholische Kirche sei. Nicht ohne Süffisanz füge ich dem hinzu: Umso notwendiger erscheint es heute, dass endlich ein frischer Wind durch die alte Römerstadt weht. Ein frischer Wind, der den alten Staub aufwirbelt und zu einer neuen Klarheit führt.

Dabei muss es sich gar nicht um den Heiligen Geist handeln. Es würde schon reichen, wenn der Geist echter demokratischer Gesinnung Einzug hielte. Ein Geist, der die Bürgerinnen und Bürger ernst nimmt und Entscheidungen nicht von oben dekretiert. Ein Geist schließlich, der Transparenz und Offenheit zu Prinzipien kommunalpolitischen Handelns macht.

46 Jahre nach dem Amtsantritt von Bundeskanzler Willy Brandt, soll es auch für Neuss heißen: Wir wollen mehr Demokratie wagen!

Wir wollen keine Angst vor den Bürgerinnen und Bürgern haben. Wir wollen Entscheidungen nicht an der Theke unserer Stammkneipen treffen, die den Namen römischer Feldherren trägt. Nirgendwo sonst kann Demokratie so lebendig sein, wie in einer Kommune. Nutzen wir die Chancen, die darin stecken!

Meine Damen und Herren,  
als ich jetzt das Büro des Bürgermeisters betrat, war es mit allen Sinnen wahrzunehmen, wie dringlich frische Luft dort ist. Der Vulkan hatte gewütet. Mit einem einfachen Öffnen des Fensters ist es hier nicht getan. Eine ordentliche und grundlegende Renovierung ist notwendig, damit die Patina des abgestandenen Qualms entfernt werden kann.

In den ersten Tagen im Amt gilt es, die Arbeitsfähigkeit der neuen politischen Führung herzustellen. Ich will mit hoher Professionalität eine moderne Spitze für eine moderne Verwaltung in einer modernen Stadt etablieren. Das ist nicht einfach, wird aber gelingen.

Zu den ersten wichtigen Aufgaben gehört es, eine neue Kultur der vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Bürgermeister, Stadtrat und Bürgerschaft herzustellen. Es ist wichtig, dass neues Vertrauen wächst, damit wir die anstehenden Herausforderungen gemeinsam bewältigen können.

Stadtrat und Bürgermeister stehen in einer Verantwortungsgemeinschaft. Ihnen ist die Sorge für die konkrete kommunale Selbstverwaltung gemeinschaftlich aufgetragen. Der Bürgermeister ist Verwaltungs- und kein Regierungschef. Der Stadtrat ist Teil dieser kommunalen Selbstverwaltung und kein Parlament. Das wird oft übersehen.

Die Fraktionen dürfen dabei aus ihrer Verantwortung für das Ganze nicht entlassen werden. Nicht der parteipolitische Vorteil ist das Ziel ihrer Arbeit, sondern der Erfolg für das Gemeinwohl. Daher ist es dringend geboten, auch Bevorzugungen und Privilegierungen einzelner Fraktionen zu beenden, selbst wenn dies für manche den Bruch einer lieb gewordenen Tradition bedeutet.

Zur Gleichbehandlung aller Fraktionen gehört es auch, eine gemeinsame Servicestelle für alle Fraktionen und Ratsmitglieder zu bieten. Im Gegenüber von Rat und Verwaltung sind die ehrenamtlichen Stadtverordneten den hauptamtlichen Verwaltungsmitgliedern oft auf unfaire Weise benachteiligt, nicht etwa unterbelichtet...

Wenn wir aber das ehrenamtliche kommunalpolitische Engagement fördern wollen, bedarf es einer professionellen Unterstützung, die allen in gleicher Weise zugute kommt.

Es ist mir als Bürgermeister ein persönliches Anliegen, mit allen Fraktionen ein gutes Einvernehmen herzustellen. Der Ältestenrat ist hierfür ein wichtiges Instrumentarium des vertrauensvollen Gespräches. Es geht darum, nicht das Trennende zu betonen, sondern Gemeinsamkeiten zu suchen. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten von uns keine parteipolitischen Ränkespiele, sondern eine ernsthafte und sachorientierte Arbeit. Und Arbeit gibt es genug!

Aber nicht nur Stadtrat und Bürgermeister müssen zu einer neuen Kultur der Zusammenarbeit finden. Auch Politik und Bürgerschaft müssen Gräben überwinden. Es ist mir wichtig, dass auch die Bürgerinnen und Bürger mit in unsere Verantwortungsgemeinschaft einbezogen werden. Viel zu viele Neusserinnen und Neusser haben sich in die Ecke des so genannten „Wutbürgers“ zurückgezogen. Ich will, dass sie wieder aus dieser Ecke rauskommen, vom „Wutbürger“ zum „Mutbürger“ werden.

Denn es ist notwendig, dass wir als Zivilgesellschaft wieder Mut fassen, um Ängste und Orientierungslosigkeit zu überwinden. Die Angst war noch nie ein guter Ratgeber. Sie ist der Nährboden für gefährliche Radikalisierungen, wie wir Sie auch in Pegida & Co. wiederfinden.

Es ist mir ein persönliches Anliegen, ein bürgernaher Verwaltungschef zu sein, ein Bürgermeister zum Anfassen. Nicht aber zum Ausnehmen, um noch einmal auf das Gans zu sprechen zu kommen.

Das Wichtigste ist dabei die Kommunikation. Daher will ich die regelmäßigen Stadtteilbesuche und Sprechstunden des Bürgermeisters wieder einführen. Auch die so genannten kleinteiligen Bürgerinteressen fallen in den Aufgabenbereich des Bürgermeisters. Ebenso soll es wieder einen „Tag der offenen Tür“ geben, bei dem auch das Büro des Bürgermeisters geöffnet ist. Allerdings nicht als Raucherlounge. Schließlich wird ein Bürgercafé im Foyer des Rathauses die Möglichkeit schaffen, sich ungezwungen zu treffen.

In unserer modernen Zeit, findet Kommunikation jedoch nicht nur im persönlichen Gespräch statt. So wichtig und hilfreich das persönliche Kennenlernen auch ist, Hemmungen und Hürden können über das Internet oft leichter überwunden werden. Als ein Teil von Kommunikation müssen diese modernen Möglichkeiten daher ebenso genutzt werden. Ich denke etwa an facebook, wo ich den Bürgerinnen und Bürger direkte Einblicke in meine Arbeit gebe und Interaktion ermögliche.

Alle Möglichkeiten – die traditionellen wie die modernen – müssen wir aktiv nutzen, um die Neusserinnen und Neusser aktuell und umfassend über die Aktivitäten der Stadt zu informieren. Die Stadtverwaltung und die Politik haben hier eine Bringschuld, die über das gesetzlich vorgeschriebene Maß hinausgeht. Schließlich sollen die Informationen die Menschen ja auch erreichen und nicht lediglich einer gesetzlichen Pflicht Genüge getan werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich möchte die Menschen fördern und fordern. Es ist bedeutsam, dass wir uns alle als Teil einer Verantwortungsgemeinschaft fühlen für unsere Stadt.

Als Bürgerinnen und Bürger müssen wir alle gemeinsam diese Verantwortung aktiv wahrnehmen. Als Politik und Verwaltung ist es unsere, ist es meine Aufgabe, die Wahrnehmung von Verantwortung zu ermöglichen und zu unterstützen.

Unsere Bürger sollen zum Beispiel „stiften gehen“. Natürlich nur im übertragenen Sinne, damit sie eben nicht stiften gehen. Daher bedarf es auch der Unterstützung der Neusser Bürgerstiftung BÜNE. Gerade jene, die viel haben, müssen ihrer Verantwortung für das Gemeinwohl nachkommen. Eigentum verpflichtet, so schreibt es das Grundgesetz.

Es gibt im Übrigen bereits ein Bürgervermögen, das aktiviert werden kann. Es stammt von Ihnen allen, liegt aber derzeit passiv herum. Ich denke etwa an ein Guthaben der Neusser Stadtwerke in Höhe von 50 Millionen Euro, das ja von Ihnen als Strom und Gaskunden der Stadtwerke. In unserer Bürgerstiftung könnte dieses Bürgervermögen doch vielleicht auch aktiv zum Gemeinwohl beitragen?

Erlauben Sie mir bitte noch einen letzten Gedanken:

Relativ viele Menschen aus fernen Ländern und anderen Kulturen kommen derzeit zu uns. Sie kommen als Verfolgte und Entrechtete oder als Menschen ohne Perspektive. Sie fliehen vor Bürgerkrieg, Gewalt, Hunger und wirtschaftlicher Not.

Wenige werden nicht bei uns bleiben dürfen, die deutliche Mehrheit aber wird nicht wieder in die alte Heimat zurückkehren. Wer das glaubt, unterliegt einer Illusion, der unsere Gesellschaft schon einmal beim Zuzug der sogenannten „Gastarbeiter“ unterlag.

Dieser neue Zuzug von Flüchtlingen nach Deutschland stellt unsere Gesellschaft auch hier in Neuss vor große Herausforderungen.

Dazu will ich zunächst feststellen, dass es auch unsere christliche Pflicht ist, sie als Menschen zu empfangen und sie menschenwürdig zu behandeln. Dies gilt im Übrigen auch dann, wenn sie keinen anerkannten Asylgrund nennen können und kein Asylrecht erhalten. Es bleiben schließlich Menschen.

Für die Stadt Neuss ist die enorme Anzahl von Zuwanderern eine große Herausforderung. Ich denke etwa an Unterbringung und Betreuung. Doch ich bin sicher, dass wir die Schwierigkeiten aktuell bewältigen können. Die größte Herausforderung wird die Integration in den kommenden Jahren sein. Gerade an dieser Stelle ist nicht nur der Staat, ist nicht nur die Stadt, hier sind wir alle gefordert als Zivilgesellschaft.

Geben wir allen, die dauerhaft bei uns bleiben die Chance, in Neuss eine neue Heimat zu finden. Dann haben wir alle auch die Möglichkeit, die Chancen, die uns daraus erwachsen positiv zu nutzen.

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren!

„Auch das noch!“ – mag sich der eine oder die andere von Ihnen gedacht haben. Haben wir in Zeiten wie diesen nicht schon genug Neues ertragen müssen? Muss es da ausgerechnet noch ein sozialdemokratischer Bürgermeister sein?

Dabei hat sich gerade die alt-ehrwürdige Bürgergesellschaft – für manche überraschend – als Speerspitze der Reform erwiesen:

Als bürgerlicher Verein für katholische Männer gegründet, hat sie sich in den vergangenen Jahren neu aufgestellt. Inzwischen können auch Frauen und sogar evangelische Christen Mitglied der Gesellschaft werden. Da ist ein Bürgermeister mit SPD-Parteibuch im Vergleich doch gar nicht mehr so schlimm!

In der Hoffnung, zu Ihrer Beruhigung beigetragen zu haben, danke ich Ihnen für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit.

\* \* \*